Interview von Hermann Gröhe mit der Saarbrücker Zeitung

Interview von Hermann Gröhe mit der Saarbrücker Zeitung

Die Pressestelle der CDU Deutschlands teilt mit:
CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe gab der "Saarbrücker Zeitung" (heutige Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte Hagen Strauß.
Saarbrücker Zeitung: Herr Gröhe, wird die Sondierung mit der SPD ein Gespräch auf Augenhöhe, wie die Sozialdemokraten fordern?
Gröhe: Die Union will faire Gespräche. Nach manchem lauten Ton aus der SPD-Führung gegen eine große Koalition müssen wir aber erst ausloten, wie ernst es den Sozialdemokraten ist.
Saarbrücker Zeitung: Angeblich will die SPD im Falle einer großen Koalition sechs Ministerposten. Was halten Sie davon?
Gröhe: Wir sollten zuerst nach inhaltlichen Positionen schauen und nicht nach Posten. Wenn wir in Koalitionsverhandlungen eintreten sollten, muss dabei ein für alle Seiten tragbares Gesamtpaket herauskommen. Dieses muss aber natürlich auch die Stärke unseres Wahlergebnisses widerspiegeln. Wir wollen, dass unser Land wirtschaftlich erfolgreich bleibt, der Arbeitsmarkt sich weiter gut entwickelt und der Euro stabil bleibt. Dieser Dreiklang muss sich in jeder Verabredung wiederfinden.
Saarbrücker Zeitung: Bis wann sollte die neue Regierung stehen?
Gröhe: Der Zeitplan wird auch Thema in den Sondierungsgesprächen. Klar ist: Unsere Bevölkerung, aber auch ganz Europa hat ein Interesse daran, dass die politische Ausrichtung der größten Volkswirtschaft in absehbarer Zeit erkennbar ist. Sollte es ein Ergebnis von Koalitionsverhandlungen geben, gehe ich fest davon aus, dass die SPD-Führung auch bei ihren Mitgliedern dafür kämpfen wird.
Saarbrücker Zeitung: Wie bewerten Sie die Entwicklung bei den Grünen?
Gröhe: Ich nehme mit Interesse das Ringen der Grünen um eine inhaltliche und personelle Neuaufstellung zur Kenntnis. Die Entwicklung in der Partei ist aber noch unsicher. Insofern ist es richtig, dass die Sondierung mit der SPD zeitlich für uns Vorrang hat.
Saarbrücker Zeitung: Aber bei den Grünen scheint der Annäherungsprozess an die Union doch viel stärker zu sein.
Gröhe: Es gibt bei den Grünen eine selbstkritische Betrachtung des bisherigen Linkskurses. Von solcher Selbstkritik ist bei der SPD wenig zu spüren. Die Grünen haben sich im Wahlkampf zwischen SPD und Linkspartei positioniert. Wenn sie sich politisch dort verorten, wo sie im Bundestag sitzen, nämlich zwischen Union und SPD, dann wäre es falsch, sie nicht als Gesprächspartner ernst zu nehmen.
Saarbrücker Zeitung: Auch die Union muss Kompromisse machen. Welche könnten das sein?
Gröhe: Es geht nicht darum, wer welchen Skalp bekommt. Am Ende muss ein Gesamtpaket der wirtschaftlichen Vernunft stehen. Mit gutem Willen gibt es bei den Rentenkonzepten, der Pflege, der Bildung und der Infrastruktur eine Menge, auf das wir uns mit den anderen Parteien verständigen könnten. Entscheidend ist aber, dass alles Wünschenswerte zunächst erwirtschaftet werden muss.
Saarbrücker Zeitung: Wäre die Abschaffung des Betreuungsgeldes oder ein Mindestlohn von 8,50 Euro wirtschaftlich unvernünftig?
Gröhe: Ich halte nichts davon, eine familienpolitische Leistung, die immer mehr in Anspruch genommen wird, in Zweifel zu ziehen. Wichtig ist doch, dass alle Beteiligten wissen, dass uns der Kita-Ausbau weiter fordern wird - sowohl im Hinblick auf die Zahl der Plätze als auch im Hinblick auf die Qualität frühkindlicher Bildung. Beim Mindestlohn geht es uns vor allem um die Verantwortung der Tarifparteien. Da gibt es durchaus Stimmen in der SPD, die sich eine entsprechende Kommissionslösung vorstellen können.
Saarbrücker Zeitung: Geben Sie wie CSU-Chef Horst Seehofer Ihr Wort, dass es mit der Union keine Steuererhöhungen geben wird?
Gröhe: Wir sind uns einig: Wir lehnen Steuererhöhungen ab.
Saarbrücker Zeitung: Aber wenn Sie in dieser Frage hart bleiben, wird eine Regierungsbildung eventuell unmöglich werden.
Gröhe: Es nützt nichts, im Rahmen einer Neiddebatte Steuererhöhungen zum Selbstzweck zu erklären. Wir müssen die anstehenden Aufgaben so anpacken, dass wir den Wirtschaftsmotor nicht abwürgen.
Saarbrücker Zeitung: Könnten am Ende der Gespräche auch Neuwahlen stehen?
Gröhe: Wir haben ein Wahlergebnis, das uns als Union einen klaren Führungsanspruch zuweist. Neuwahlen herbeizuführen, ist bei uns aus gutem Grund nicht einfach. Wir müssten freilich keine Angst vor ihnen haben. Jetzt aber nimmt uns alle das Votum der Wählerinnen und Wähler in die Pflicht.

CDU Deutschlands
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Telefon: 030-22070-143 / 144
Telefax: 030-22070-145
E-Mail: pressestelle@cdu.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=545991" width="1" height="1">

Pressekontakt

CDU

10785 Berlin

pressestelle@cdu.de

Firmenkontakt

CDU

10785 Berlin

pressestelle@cdu.de

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht.Unsere Partei wurde 1945 von Menschen gegründet, die Deutschlands Zukunft mit einer christlich geprägten, überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten. In dieser neuen Volkspartei fanden sich katholische und evangelische Christen, Konservative, Liberale und Christlich-Soziale, Frauen und Männer aus verschiedenen Regionen, aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen unseres Vaterlandes.Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.Die CDU war immer die Partei zukunftsweisender moderner Konzepte. Unsere Ideen und Vorstellungen haben das Aufbauwerk nach dem Krieg erfolgreich vorangetrieben, unser Land in Europäischer Union und NATO fest verankert und Deutschland zu einem blühenden Gemeinwesen gemacht. Mit der Deutschen Einheit hat sich eine unserer großen politischen Visionen erfüllt.Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben.